

«Wohnungsbau ist nicht Sache der Schule»

DÜBENDORF/SCHWERZENBACH Die Sekundarschulpflege erklärt die Initiative «Wasserfuren sinnvoll nutzen» für ungültig. Ein Engagement der Schule im sozialen Wohnungsbau widerspreche dem geltenden Recht, so das Argument.

Nun hat die Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach entschieden: Die Initiative «Wasserfuren sinnvoll nutzen» ist ungültig. Dies, weil die damit verbundenen Forderungen unvereinbar seien mit der Kantonsverfassung und der Gemeindeordnung.

Mit der Initiative in Form einer allgemeinen Anregung wollten Gemeinderätin Angelika Murer Mikolasek (GEU/GLP) und fünf Mitunterzeichnende erreichen, dass nach dem Nein der Stimmberechtigten zum Verkauf des Areals an einen In-

vestor für 35 Millionen Franken im Februar wieder Bewegung in die Akte Wasserfuren kommt.

Konkret fordern die Initianten, das 20 000 Quadratmeter grosse Grundstück bei der Sonnentalkreuzung in Dübendorf solle so genutzt werden, dass eine Wohnbaugenossenschaft darauf günstige Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenteile erstellen könne. Eine Option war dabei auch, das Land der Stadt Dübendorf zu verkaufen, welche aufgrund eines Volksentscheids die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Verfassung festgeschrieben hat.

Beschränkte Aufgaben

«Das mit der Initiative geforderte Engagement im sozialen Wohnungsbau ist wohl kaum als eine Aufgabe zu betrachten, die in den unmittelbaren Aufgabenbereich der Volksschule fällt», schreibt die Sekundarschulpflege nun in ihrer Begründung. Die Schulgemeinde sei eine Spezialgemeinde, deren Aufgabenbereich sich auf die Volksschule



Im Februar sagten die Stimmberechtigten von Dübendorf und Schwerzenbach Nein zum Verkauf des 20 000 Quadratmeter grossen Grundstücks für 35 Millionen Franken an einen Investor.

Archivbild Thomas Bacher

beschränke. Sie könne nicht auf dem Initiativweg dazu verpflichtet werden, selbst im sozialen Wohnungsbau tätig zu werden. Dies umfasse sowohl den Bau und die Vermietung von Wohnungen als auch die Abgabe des Grundstücks im Baurecht an eine Wohnbaugenossenschaft.

Auch könne die Schulpflege nicht zu einem Verkauf, der nicht in ihren Aufgabenbereich fällt, verpflichtet werden, hält Schulpflegepräsident Andreas Sturzenegger (FDP) auf Anfrage fest. «Insbesondere weil nicht davon auszugehen ist, dass unter diesen Umständen Marktpreise zu

erzielen sind.» Eine allfällige Differenz zwischen dem Verkehrswert der Liegenschaft und dem effektiv erzielten Erlös wäre gemäss der Begründung der Schulpflege als Einnahmenverzicht der Schulgemeinde zu betrachten, der nicht dem Bildungsbereich zugute komme.

Letztlich könne darüber nur im Rahmen der Gemeindeversammlung oder an der Urne entschieden werden.

Schwerzenbach involviert

Das wiederum sei aufgrund der Mehrheitsverhältnisse demokratisch fragwürdig, hatte Sturzenegger schon vor einer Woche gegenüber dem ZO/AvU gesagt. Dies, weil nicht nur die Dübendorfer, sondern auch die Schwerzenbacher in das Geschäft involviert sind. Letztere hatten im Februar für den Verkauf votiert, wurden damals aber vom grossen Nachbarn überstimmt. Ein Verkauf unter Wert sei insofern problematisch, so Sturzenegger, als die Dübendorfer für ihren Verzicht auf einen Teil des Verkaufserlöses als Gegenwert günstige Wohnungen erhielten, die Schwerzenbacher aber nichts davon hätten.

Gegen der Entscheidung der Schulpflege kann beim Bezirksrat Rekurs eingereicht werden. Für Präsident Andreas Sturzenegger wäre das kein Weltuntergang. «Denn dann hätten wir in jedem Fall Rechtssicherheit.» Die Initianten werden zu einem späteren Zeitpunkt kommunizieren, ob sie den Beschluss weiterziehen.

Thomas Bacher

«Unter diesen Umständen sind keine Marktpreise zu erzielen.»

Andreas Sturzenegger

Untere Farb soll zum Stadtarchiv werden

USTER Als ursprüngliche Färberei soll das Gebäude Untere Farb nun dem Stadtarchiv Platz bieten. So hat es die Stadt entschieden – zum Unmut der Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster.

Das städtische Haus Untere Farb liegt zentral, ist gross – und umstritten. In den letzten zehn Jahren diskutierte man in Uster teils heftig über die Nutzung des Gebäudes, das unter Denkmalschutz steht. Die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU) wünscht sich seit 2002 ein Naturzentrum – einige Politiker erachteten ein Kleintheater als gute Möglichkeit. Als Zwischenlösung vermietete die Stadt die Wohnung seit 2010.

Nun steht die endgültige Nutzung fest: «Das Archiv, heute auf verschiedene Standorte verteilt, soll in der Liegenschaft Untere Farb eine neue Heimat bekommen», schreibt die Stadt in einer Mitteilung. Die Dokumente sollen in der Scheune aufbewahrt werden, die Wohnung wird zu den dazugehörigen Büroräumlichkeiten umgebaut. Das 5000 Quadratmeter grosse Grundstück soll in den Stadtpark integriert werden.

Mieter müssen raus

Zurzeit wohnt das Ehepaar Corinne und Reto Hefti in der etwas ungewöhnlichen Wohnung, die 13 Zimmer, 6 Keller und 2 Kachelöfen umfasst (wir berichteten). Aufgrund des unter Schutz stehenden Gebäudes wurde sie nicht auf den neusten Stand der Technik gebracht – die einzelnen Zimmer können nicht geheizt werden, weshalb die Heftis im Winter nur noch fünf Zimmer benutzen. Die Stadt vermietete die Wohnung deshalb zu einem relativ tiefen Mietzins von 2100 Franken inklusive Nebenkosten. Zudem war klar, dass das Mietverhältnis befristet ist. Wann genau die beiden die Wohnung verlassen müssen, sei noch unklar, meint Karin Reifler von der Abteilung Liegenschaften.



Die ehemalige Färberei: 1672 wurde die Untere Farb das erste Mal urkundlich erwähnt. Geht es nach der Stadt, beinhaltet das unter Schutz stehende Gebäude in Zukunft das Stadtarchiv, das heute auf verschiedene Standorte verteilt ist.

Silvano Pedretti

Dieses Jahr noch sucht die Stadt mittels eines Wettbewerbs das Projektteam, bestehend aus Architekten und Landschaftsarchitekten. «Wenn alles nach Plan läuft, ist der Umbau Ende 2018 fertig», sagt Reifler. Zuerst müsse das Projekt jedoch von Stadt- und Gemeinderat sowie vom Volk abgesegnet werden. Über die Kosten kann Reifler zurzeit noch nichts sagen.

Den Entscheid für das Stadtarchiv begründet die Bauprojektleiterin mit der Schutzwürdigkeit des Objekts. Das Gebäude müsse dringend saniert werden, zu viel könne aber aufgrund der Vorgaben nicht verändert werden. «Die Wohnungen auf den heutigen Stand zu bringen,

ist viel aufwendiger, als die Räume für eine Büronutzung aufzurüsten», meint Reifler.

Nicht begeistert

Paul Stopper, BPU-Gemeinderat und Präsident der GNVU, ist nicht begeistert von der Idee des Stadtrats. «Ich finde, dass das Stadtarchiv und die Kläui-Bibliothek zusammengefasst werden müssten.» Vor Kurzem reichte er im Parlament eine entsprechende Anfrage ein, mit der er in Erfahrung bringen will, ob die Villa am Aabach für die Unterbringung der beiden Archive geeignet wäre. Die Anfrage wurde vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Ingenieur und Verkehrsplaner Stopper hält es zudem für

keine gute Idee, die wichtigsten Dokumente der Stadt in einer Holzscheune unterzubringen. Um die feuerpolizeiliche Sicherheit zu gewährleisten, müsste ein aufwendiges Haus-in-Haus-Prinzip angewendet werden. In der Tat plant die Stadt, eine zweite innere Hülle aus natürlichem Material wie Lehm oder Gasbeton zu bauen, wie Reifler ausführt.

Archiv als beste Lösung

Stopper ist aus einem zweiten Grund enttäuscht: Der Vorstand der GNVU reichte 2011 und Anfang Juni dieses Jahres erneut eine Projektskizze beim Stadtrat ein, die den Wunsch von 2002 wieder aufgreift, dass die Untere

Farb zum Naturzentrum wird, «das mitten im Siedlungsgebiet von Uster der interessierten Bevölkerung den Greifensee näherbringt». Stopper bemängelt, dass er nun ohne Möglichkeit für ein diesbezügliches Gespräch vom Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Finanzvorstand Cla Famos (FDP) betont, dass es sich bei der Standortsuche für das Archiv um einen langen Prozess handle, wobei die Anfrage der GNVU erst nach dem Entschluss eingetroffen sei. Zudem gebe es viele weitere Nutzungen, die die Schutzwürdigkeit auch nicht beeinträchtigen würden. Ein neues Archiv sei aber dringender.

Eva Künzle

Ryffel erhält Baubewilligung

VOLKETSWIL Der Gemeinderat von Volketswil hat dem Ustermer Transportunternehmen Ryffel AG die Bewilligung für den geplanten Standort im Gebiet Im Chies erteilt. Das geht aus dem aktuellen Bericht des Gemeinderats hervor. Vergangenen April hatte die Ryffel AG das betreffende Baugesuch eingereicht (wir berichteten). Es umfasst den Neubau eines Betriebsgebäudes mit Büro, einer Lastwagenwerkstatt und einer -servicestation samt Dieseltankstelle, einer Einstellhalle für Cars, Busse und Lastwagen, Lager- und Parkflächen sowie eine Hauswartwohnung an der Adresse Im Chies 23.

Seit 118 Jahren in Uster

Die Ryffel AG wurde 1896 in Uster gegründet. Seitdem unterhält sie ihren Geschäftssitz in der Stadt. Wegen des zunehmenden Einsatzes von Gelenkbussen klagt die Firma mit rund 80 Mitarbeitern aber seit Längerem über Platzprobleme am Standort im Müliholz. Den Wegzug nach Volketswil hat das Unternehmen trotz den Bauplänen nie bestätigt. Auch auf die erneute Anfrage von gestern Donnerstag hin war für eine Stellungnahme niemand erreichbar. yba

In Kürze

MAUR

130 000 Franken für Kindergarten

Für die Umnutzung des Blockhauses Lothar in einen Kindergarten hat der Gemeinderat einen Kredit von 130 000 Franken als gebundene Ausgabe bewilligt. Die akute Raumnot sei aufgrund der Schülerzahlen ausgewiesen, so der Gemeinderat. Bereits auf den Beginn des Schuljahrs 2014/2015 müsse eine neue Kindergartenklasse untergebracht werden können. zo